

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 34/2020 ~
SCHWEIZER POLITIK



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Nachdem die Eidgenössischen Volksabstimmungen vom 17.5.2020 aufgrund des Corona-Lockdowns verschoben wurden, stehen in der Schweiz für den Wahlsonntag am 27.9.2020 gleich fünf Abstimmungsvorlagen an. Eine der Vorlagen ist die sogenannte Begrenzungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Das Ziel der Initiative ist eine maßvolle Regelung der Zuwanderung wie sie vor dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bestand. Währenddem sich die Gegner der Vorlage darüber ärgern, dass die Personenfreizügigkeit infrage gestellt wird, zeigen aktuelle Entwicklungen, dass nicht nur die Schweiz Diskussionen dahingehend führt. Ende Mai verabschiedete das britische Parlament ein neues Migrationsgesetz, welches das Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU vorsieht. Wie der französische Präsident Emmanuel Macron im Juni verkündete, möchte er mit der aktuellen Reform des Arbeitsrechts die Personenfreizügigkeit zugunsten eines Inländervorranges einschränken.

Es scheint, dass immer mehr Staaten erkennen, welchen Verlust an Selbstbestimmungsrecht bisherige Personenfreizügigkeitsabkommen gefordert haben. Bei der Begrenzungsinitiative sowie bei den weiteren Abstimmungsvorlagen geht es um die grundlegende Frage, wie viel Selbstbestimmungsrecht und Unabhängigkeit das Schweizer Volk wahren will. [1]

Die Redaktion (db.)

Diese S&G soll nicht als Wahlempfehlung gewertet werden. Sie dient vielmehr dazu, die einzelnen Abstimmungsvorlagen zu durchleuchten. Insbesondere soll sie auch außerhalb der Schweizer Landesgrenzen dazu anregen, sich Stimmen und Gegenstimmen anzuhören, um sich selbst eine Meinung über aktuelle politische Vorstöße zu bilden.

Begrenzungsinitiative: Unterschiedliche Gewichtung der Konsequenzen

db. 2007 wurde in der Schweiz die Personenfreizügigkeit mit der EU eingeführt, womit 500 Millionen EU-Bürger den unbegrenzten Rechtsanspruch für eine Zuwanderung in die Schweiz erhielten. Nach den ersten Anzeichen von verheerenden Folgen der Personenfreizügigkeit verlangte das Schweizer Stimmvolk mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014, dass die Personenfreizügigkeit beseitigt wird.

Dieser Volkswille wurde bisher nicht umgesetzt. Deshalb fordert die „Begrenzungsinitiative“, dass die Zuwanderung wieder eigenständig geregelt werden kann. Insünftig sollen auch keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden dürfen, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren. Bestehende Verträge, die gegen diese Grundsätze verstoßen, seien neu zu verhandeln. Für die

Gegner der Vorlage bedeute eine Annahme der Initiative das Ende der bilateralen Abkommen mit der EU, was verheerende Folgen für die Schweizer Wirtschaft habe. Die Befürworter der Initiative hingegen werten die negativen Konsequenzen der Personenfreizügigkeit höher, als die Gefahr, dass Neuverhandlungen mit der EU sämtliche bilateralen Abkommen außer Kraft setzen würden. [2]

„Bilaterale Verträge hat die Schweiz mit Dutzenden von Ländern weltweit. Mit all diesen Staaten sind bilaterale Abkommen nicht an die Personenfreizügigkeit geknüpft. [...] Die Frage ist vielmehr, welchen Preis wir Schweizerinnen und Schweizer bereit sind zu zahlen, um an den Bilateralen I in ihrer heutigen Form festzuhalten. Denn Tag für Tag muss die Schweizer Bevölkerung die negativen Konsequenzen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen, Infrastruktur, Natur, Umwelt und Gesellschaft erdulden.“ Auszug Argumentarium der Volksinitiative „Für eine maßvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“

Begrenzungsinitiative: Befreiungsschlag gegen den Rahmenvertrag Schweiz-EU?

brm. Am Weltwirtschaftsforum in Davos habe die Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gebeten, dass sich die EU nicht in den Abstimmungskampf über die Begrenzungsinitiative einmische. Eine EU-Einmischung oder gar Druckversuche könnten der Initiative Auftrieb geben und ihr zu einer Annahme verhelfen. Ursula von der Leyen habe

zugesichert, dass sich die EU-Kommission zurückhalten würde. Allerdings erwarte sie von der Schweiz innert wenigen Tagen nach der Abstimmung ein klares Zeichen zum Schweiz-EU-Rahmenabkommen. Dies gehe aus dem EU-Sitzungsprotokoll hervor, welches dem Schweizer Radio SRF vorliege. Was nun hat die Volksabstimmung über die Begrenzungsinitiative mit dem Rahmenabkommen zu tun?

Das überparteiliche Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt schreibt in ihrem Argumentarium zum Rahmenvertrag Schweiz-EU unter Punkt 31.12: „Würde der Rahmenvertrag zwischen der EU und der Schweiz je in Kraft treten, würde die Schweiz jeglicher Einflussnahme auf die Einwanderung in die Schweiz und auf den Schutz des einheimischen Arbeitsmarktes beraubt. [...]“ [3]

Überbrückungsrente: Lockmittel im Abstimmungskampf?

db. SVP-Nationalrat Albert Rösti verfasste am 30.3.2020 einen Bericht über die aktuell herrschenden Missstände am Schweizer Arbeitsmarkt. Er erklärt darin, dass seit Einführung der Personenfreizügigkeit netto 1 Million EU-Bürger in die Schweiz zugewandert seien, wobei es sich bei der Mehrheit der Zuwanderer nicht um die von der Wirtschaft benötigten Fachkräfte, sondern schlicht um „Billigarbeiter“ handle. Die Folgen seien vor allem für ältere Schweizer Arbeitnehmende verheerend, weil sie von „EU-Billigarbeitern“ vom Arbeitsmarkt verdrängt würden. Von 2011 bis 2017 sei die Zahl der angesteuerten 60- bis 64-Jährigen um fast 50 Prozent angestiegen. Anstatt diese negative Entwicklung zu stoppen, wolle der Bundesrat das Problem mit einer Überbrückungsrente lösen. Das mehrere

100 Millionen Franken teure Sozialwerk der „Überbrückungsrente“ sei in der Frühjahrsession durchs Parlament gedrückt worden. „Besonders empörend ist, dass der Bundesrat und die anderen Parteien die Überbrückungsrente nicht aus echter Sorge um die älteren Schweizer Arbeitnehmenden schaffen wollen. Sie wollen sich damit vielmehr ein Nein

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.begrenzungsinitiative.ch/initiativtext/ | www.begrenzungsinitiative.ch/artikel/nach-grossbritannien-stellt-nun-auch-frankreich-die-personenfreizuegigkeit-in-frage/ [2] www.parlament.ch/de/services/volksabstimmungen | www.begrenzungsinitiative.ch/argumentkurz/ [3] www.kla.tv/15813 | www.srf.ch/news/schweiz/rahmenabkommen-mit-bruessel-eu-erhoert-den-druck-auf-bundesbern

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

des Stimmvolks zur Begrenzungsinitiative erkaufen. [...] Dieses Vorgehen von Bundesrat und den an-

deren Parteien ist unseriös und unwürdig, es ist der teuerste Abstimmungskampf, den die Schweiz je gesehen hat!“, soweit Rösti. [4]

Revidiertes Jagdgesetz: Schutz für Wolf oder Mensch?

rg. Das revidierte Jagdgesetz soll den Schutz von Wildtieren stärken sowie Schutzgebiete, Zugvogelreservate und Wildtierkorridore fördern. Zudem darf die wachsende Zahl der Wölfe nach Absprache mit dem Bundesamt für Umwelt reguliert werden. Für gerisene Schafe und Ziegen gibt es jedoch nur noch eine Entschädigung, wenn die Tiere mit Hunden oder Zäunen geschützt waren. In der Schweiz werden jährlich 300 bis 500 Tiere gerissen. Betroffen sind auch Herden, die von Zäunen oder Hunden beschützt sind. Gegner des Gesetzes bemängeln, dass Abschüsse von Wölfen möglich

würden, ohne dass diese je Schäden angerichtet hätten. Befürworter halten dagegen, dass Abschüsse erst möglich seien, wenn ein Einzelwolf die Scheu vor den Menschen verlieren und wiederholt ins Siedlungsgebiet vordringen oder Schafe aus gesicherten Weiden reißen würde. Erst wenn sich Wolfsrudel in der menschengepägten Kulturlandschaft etablieren sollten oder die Jungwölfe den Menschen zu nahe kämen, seien Eingriffe möglich – dies aber bevor ein großer Schaden entstehe. Somit die Grundsatzfrage: Mehr Schutz für den Wolf oder mehr Schutz für Menschen und Nutztiere? [5]

Familienauflösung unter dem Deckmantel der „Familienfreundlichkeit“?

djo. Mit der Abstimmungsvorlage „Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten“ und dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie“ gelangen zwei familienpolitische Vorlagen zur Abstimmung. Beide Vorlagen würden zum Wohle der Familien dienen, indem sie die

Gleichstellung von Mann und Frau fördern sowie die Erwerbstätigkeit von Müttern erleichtern. So argumentieren die Befürworter sowie der Bundesrat. Seitens der Gegner stelle sich unter anderem die Frage, ob diese beiden Abstimmungsvorlagen zum Vorteil der Familie ausgelegt werden können oder vielmehr darauf abzielten, das traditionelle Familienbild aufzulösen? [6]

Drittbetreuung der Kinder, Aushebelung Hauptberuf „Mutter“?

djo. Die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer sieht zwei unterschiedliche Anpassungen der steuerlichen Abzüge vor. Einerseits soll der Abzug für die Fremdbetreuung von Kindern auf 25.000 Franken pro Kind und Jahr angehoben werden, andererseits soll der Kinderabzug auf 10.000 Franken erhöht werden. Gemäß der Abstimmungsvorlage ver-

folge diese Gesetzesvorlage das Ziel, dem inländischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Die Erhöhung des Abzuges habe auf rund die Hälfte der Familien keinen Einfluss, da sie bereits heute aufgrund ihrer tiefen Einkommenssituation von der direkten Bundessteuer befreit seien. Die Zielgruppe der Gesetzesgrund-

Zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub: Cui bono?*

djo. Die Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie“ forderte einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub. Mit dem Gegenvorschlag eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes lehnten der Bundesrat und das Parlament diese Initiative ab. Dagegen ergriff ein überparteiliches Komitee das Referendum**. Ein gesetzlich geregelter Vaterschaftsurlaub würde den Vorteil erbringen, dass Väter nach der Geburt eines Kindes mehr Zeit für die Familie hätten. Gegner sehen hin-

ter der Vorlage finanzielle und wirtschaftliche Folgen für die Bevölkerung. Zudem sei die Vorlage als ein weiterer Schritt in Richtung Verstaatlichung und Umerzierung der Schweizer Familien zu verstehen, indem beispielsweise das Rollenbild von Vätern neu definiert werde. Vor- und Nachteile eines Vaterschaftsurlaubes wären folglich abzuwägen. [8]

*wer hat ein Vorteil davon
**Instrument der Demokratie, welches dem Volk ermöglicht, über einen Parlamentsbeschluss abstimmen zu können.

Beschaffung neuer Kampfflugzeuge: Notwendigkeit einer souveränen Landesverteidigung?

dbü. Gemäß der Stellungnahme zum Expertenbericht „Luftverteidigung der Zukunft“ von Professor Claude Nicollier, werden sämtliche Fliegerabwehrmittel und Kampfflugzeuge der Schweizer Armee Ende 2030 ihre Nutzungsdauer erreichen. Ohne Erneuerung dieser Mittel würde dies nicht nur das Ende der Luftpolizei, sondern auch der Schweizer Luftverteidigung bedeuten. Bundesrätin und Chefin des VBS* Viola Amherd fasst die Notwendigkeit zur Anschaffung neuer Kampfflugzeuge wie folgt zusammen: „Es geht nicht nur darum, Kampfflugzeuge für die Luftwaffe, die Armee oder das VBS zu beschaffen. Es geht

um den Schutz aller Menschen in der Schweiz, den Schutz unseres Landes und der Infrastruktur, die nötig ist, damit unsere Gesellschaft, unser Staat und unsere Wirtschaft funktionieren.“ Die Schweiz wolle ihren Luftraum mit eigenen Mitteln schützen und verteidigen und so wenig wie möglich von anderen Staaten oder Organisationen abhängig werden. [9]

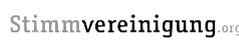
*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Schlusspunkt •
Verfolgen und analysieren Sie die politischen Diskussionen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Abstimmungen, um sich die dahinterstehenden Agenden zu vergegenwärtigen? Dass es im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit auf jeden Einzelnen ankommt, lebten die Gründungsväter der Schweiz vor.
„Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“
Aussage des Eidgenossen Stauffacher im Drama „Wilhelm Tell“ von Friedrich Schiller
Die Redaktion (db.)

Quellen: [4] www.begrenzungsinitiative.ch/artikel/aeltere-wollen-arbeit-keine-rente/ | www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76856.html
[5] www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/biodiversitaet/mitteilungen.msg-id-78261.html | <https://ja-jagdgesetz.ch/assets/Widjet/200608-Jagdgesetz-Behauptungen-Gegner.pdf> | <https://jagdgesetz-nein.ch> [6] www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180050 | www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180441 [7] www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180050 [8] www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180441 | <https://lohnabzuege-nein.ch/argumentarium/> [9] https://sicherheit-ja.ch/informationen/informationen_uebersicht/ | https://sicherheit-ja.ch/uploads/jdp-kampagnen/Kampagnen/NKF/Informationen/Air2030_Broschuere_Populaerfassu_d.pdf

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

<p>Impressum: 24.07.20 S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.</p>	<p>Verantwortlich für den Inhalt: Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider. Redaktion: Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen</p>	<p>Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage Abonnentenservice: www.s-und-g.info Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen</p>			
<p> www.anti-zensur.info</p>	<p> www.klagemauer.tv</p>	<p> www.panorama-film.ch</p>	<p> www.stimmvereinigung.org</p>	<p> www.agb-antigenozidbewegung.de</p>	<p> www.sasek.tv</p>